

BRÜLLCHÖRE IM HÖRSAAL

Weggucken geht nicht. Hochschulen können die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten nicht vermeiden. Sie sollten sie deshalb steuern, indem sie sich gut darauf vorbereiten – und handeln, bevor sie reagieren müssen.

GASTBEITRAG: ERIC WALLIS

Die Identitäre Bewegung stürmt in eine Vorlesung, um einen Rauswurf zu inszenieren (und nebenbei gegen die Flüchtlingspolitik zu protestieren). Hochschullehrende treten öffentlichkeitswirksam in die AfD ein und verbreiten über soziale Netzwerke deren Ideologie. Die Frage, ob auch AfD-ler auf den Podien hochschulpolitischer Veranstaltungen Platz nehmen dürfen, lösen Sitzblockaden im Rektorat aus. Diskussionen an Hochschulen, bei denen ein AfD-Vertreter mit auf dem Podium sitzt, müssen abgebrochen werden. Studierende fordern, rechtsextreme Kommilitonen von der Hochschule zu werfen. Dergleichen Beispiele lassen sich in der jüngeren Berichterstattung in Tageszeitungen und auf Onlineplattformen finden. Ähnlich wie die Politik und die Medien stellt der Rechtspopulismus auch die Hochschulen scheinbar vor neue Herausforderungen.

Aber sind diese Herausforderungen wirklich so neu? Hochschulen sind immer schon politische Bühne gewesen. Bestimmte politische Entwicklungen wären ohne sie gar nicht denkbar. Als Beispiele seien hier die Göttinger Sieben (1837) oder die Studentenproteste von 1968 genannt. Und auch in kleinerem Rahmen ist Politik an der Hochschule Normalität. Entsprechend normal und gelassen sollte man deshalb mit rechten Störungen und Einflussnahmen umgehen. Es gibt da allerdings eine Besonderheit.

Ganz so normal ist nämlich nicht, was sich heute zum Teil an Hochschulen abspielt. Mit Pegida und der AfD ist bisher in unserer Gesellschaft Unsagbares plötzlich sagbar geworden, rassistische, menschenverachtende Äußerungen oder historische Faktenverdrehungen machen naturgemäß auch vor den Hochschulen nicht Halt. Darum ist es an ihnen – sofern noch nicht geschehen –, klarzustellen: Toleranz und Weltoffenheit sind für sie grundsätzliche Werte und sollten in die internen Handlungsanweisungen, Hausordnun-

gen und so weiter überführt werden. Das hört sich lapidar an, ist aber noch nicht der Regelfall. Und demokratische Werte sind nicht selbstverständlich, wie die aktuellen Debatten zeigen, sondern bedürfen des Schutzes.

Hochschulen sind nicht nur Hüter wissenschaftlicher Debatten, sondern auch ein Diskursraum, in dem Meinungsfreiheit gilt – im Rahmen des Grundgesetzes und der Demokratie. Auch wenn es nun zu unangenehmen Diskussionen und Momenten kommt, die den gesellschaftlichen Wertekonsens infrage stellen, bietet das Ermöglichen einer solchen Debattenkultur Chancen für die Hochschulkommunikation. Beweist sie sich als Ort des argumentativen Austausches, stärkt sie das nach innen und außen – und nutzt ihr mehr als Hochglanzflyer und schmucke Webseiten.

An Hochschulen fürchten sich Manager und Lehrende vor unerwarteten „politischen Störungen“ im Alltag, die sie in den Reaktionsmodus zwingen. Tatsächlich sind solche Störungen zu erwarten. Angefangen bei Gelächter über Zwischenrufe bis hin zu Sprech- und Brüllchören oder Bühnenbesetzungen mit Bannern ist alles möglich. In jedem Fall gilt: cool bleiben und sich einen Überblick verschaffen.

Damit das gelingt, macht es Sinn, Störungen vorher gedanklich durchzuspielen. Man kann in internen Arbeitsgruppen Handlungsoptionen für erwartbare Fälle erarbeiten. Wenn es bereits Fälle an der eigenen Hochschule gegeben hat, lohnt es sich, mit allen Beteiligten künftige Verfahrensweisen zu vereinbaren. Ebenso kann man sich beraten lassen von Konfliktexperten der eigenen Hochschule oder externen, in der Regel kostenfreien, mobilen Beratungsteams. Bei erwartbaren schweren Störungen ist außerdem wichtig: Die Verantwortlichen sollten wissen, was eine Ausschlussklausel ist und gegebenenfalls vorher die Polizei über Ort und Zeit einer Veranstaltung informieren.

Verweigern sich Störer dem Dialog, rechtfertigen sie vor dem Publikum (und der eigenen Zielgruppe) weitere Schritte. Lassen sie sich auf den Dialog ein, stehen sie unter dem Druck, sich den Regeln des Diskurses anzupassen. Für die Hochschulakteure ist es dabei

wichtig, eventuelle Mikrofone nicht aus der Hand zu geben und menschenfeindliche Äußerungen und Sprache nicht unwidersprochen stehenzulassen.

Wer Dialog zulässt, muss sich auf die inhaltliche Gesprächsführung mit Rechtspopulisten einstellen. Dazu ist von den Hochschulen eine Anleitung zu erarbeiten, die auf die Grundmuster und Schlagworte des Rechtspopulismus hinweist (Opfer-Framing, Topos des „Einen Volkes“, Lügenpresse et cetera) und entsprechende Argumentationswege aufzeigt. Tipps dazu gibt das „Glossar der neuen deutschen Medienmacher*innen“ von 2018 (Quelle: Neuemedienmacher.de/Glossar_Webversion.pdf). Offenheit für den Diskurs heißt aber nicht, sich alles gefallen zu lassen. Man kann kritisieren, vertagen und abbrechen. Störende, die auf einen freundlichen Umgangston nicht reagieren, begründen, von einer Veranstaltung ausgeschlossen zu werden, das gilt auch für deren Zielgruppe.

Oftmals ist lange vorher klar, welche Debatten schwelen, etwa im Fall von Hochschullehrenden, die öffentlichkeitswirksam der AfD beitreten. Hochschulen sollten den Diskurs selbst steuern, in dem sie als erste handeln – und nicht darauf warten, reagieren zu müssen. Insofern ist es mitunter ratsam, als Hochschule einen eigenen Diskussionsrahmen dafür anzubieten, etwa mit der Fragestellung: „Wo sind die Grenzen der Politik in der Hochschule?“

Auf solchen Veranstaltungen muss nichts abschließend gelöst werden. Sie wirken jedoch wie ein Ventil und zeigen, dass keine Verdrängungskultur am Werke ist. Und: Die Hochschule ist im Aktionsmodus, muss sich nicht vorwerfen lassen, nicht gehandelt zu haben. Ein weiterer Vorteil: Die Hochschule entscheidet, wen sie einlädt. Vertreter der AfD oder von Pegida müssen es nicht sein, man sollte jedoch penibel auf ein breites Meinungsspektrum achten.

Auch zu beachten ist: Podiumsdiskussionen symbolisieren ungewollt ein „da oben versus wir hier unten“ und bietet sich für Störungen an. Anders das World-Café. Bei dieser Methode verteilen sich die Teilnehmenden auf mehrere Gesprächsrunden an Tischen und können unterschiedliche Aspekte des

Themas bearbeiten und danach vorstellen. Solche partizipativen Methoden sollten mit kurzen Impulsvorträgen zu Begriffsklärungen, Beispielen und Methoden eingeleitet werden.

Abschließend sei ein Kommentar erlaubt zur Rolle der AfD in politischen Gremien und Ausschüssen, die über die Belange von Hochschulen mitentscheiden. Diese Konstellation macht die Gemengelage, ob und wie über Rechtspopulismus an Hochschulen zu debattieren ist, nicht einfacher. Äußert sich eine Hochschule kritisch gegenüber den Rechtspopulisten, kann sich das nachteilig auswirken auf Prozesse, bei denen die Politik, also auch die AfD, mitzureden hat. Vielleicht erwächst daraus der Impuls, sich bei dem Thema besser vornehm zurückzuhalten.

Da würde ich es jedoch mit dem Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick halten, der postulierte, nicht zu kommunizieren sei eben auch eine Art der Kommunikation. Und Nichtkommunikation, das dürfen wir uns nicht leisten in Zeiten, in denen Alexander Gauland, der Fraktionschef der AfD im Bundestag, die Hochschulen explizit zu jener elitären „abgehobenen Parallelgesellschaft“ aus „Weltbürgern“ zählt, die von der Globalisierung leben, ganz im Gegensatz zu den „einfachen Menschen“ und der „bürgerlichen Mittelschicht“, die von der AfD vertreten würden. Es scheint, dass die Stimmen der Hochschulen im Bereich der Demokratiekommunikation heute so wichtig sind wie lange nicht. //



Foto: Johannes Budmann

DR. ERIC WALLIS

ist Macher des Blogs Wortgucker und PR-Manager im Bereich NGO & Politik-Kampagnen. Er arbeitet zu Themen wie Klimaschutz, Demokratie und Rechtspopulismus.